

Spangenberg Zeitung.

Wochenzeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Vierteljahr 30.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 31.50 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. 1. Adressen Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsseitigen 8 mm hohe (Bett-)Belle oder deren Raum mit 1.50 M. berechnet; auswärts 2.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 8.— M. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 50 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 85.

Dienstag, den 25. Juli 1922.

15. Jahrgang

Aus der Heimat

Spangenberg, den 25. Juli 1922.

Regen. „Gestern hot's g'regnat un' heut' regn'tis un' morgen regn'tis wicha und übermorgen aa! — Das lüuge Schnabähüßl der oberbayerischen Wetterperiode, in der tatsächlich kein Tag ohne Regen abgeht. Wann wir das Ende solch lieblicher Sommerzeit zu erwarten haben, das wissen die Götter, wir können nicht ergründen, obwohl wir uns den Kopf hiezu schon zu dreiviertel zerbrochen haben. Es ist der richtige Jahrgang mitten im Sommer. Die Menschheit wird genarrt und gepöppelt, sodas es schon nicht mehr schön ist und ihr nur als einziger Trost die Hoffnung bleibt, das ein weiteres „Schnabähüßl“ sich gleichfalls bewahrheiten wird: „Es regnet, was es regnen kann, es regnet keinen Quai, und wenns genug geregnet hat, dann hörts von selber auf!“

Schwerer Unglücksfall. In den Sonnabend nachmittagsstunden verunglückte in dem Sägewerk der Firma Dams & Salzmann der 17 Jahre alte Arbeiter Bernhard Bernhardt aus Binsförth, der am Vollaatter beschäftigt war, tödlich. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er von der hiesigen Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus in Eschwege überführt. Der junge, lebensfrohe Mensch verstarb dort kurz nach seiner Einlieferung.

Die Notlage der Presse, namentlich der parteilosen, von keiner politischen Vereinigung unterstützten Zeitungen nimmt immer bedrohlichere Formen an. Aus den Reichsministerien jedoch, die schon vor fast einem halben Jahre die Abstellung dieses Notstandes selbst als eilige und dringende Pflicht bezeichneten, hört man noch immer nichts von durchgreifenden Maßnahmen. Es wird allem Anscheine nach noch immer „erwogen“ und „vorgehabt“. Inzwischen stellt eine Zeitung nach der anderen ihr Erscheinen ein oder begibt sich, nur um weiterleben zu können, in irgend eine politische Hörigkeit, die dem inneren Empfinden ihres redaktionellen Leiters letzten

Endes widerspricht. Können sich, so fragen wir, die Regierungsstellen noch wundern, wenn in der deutschen Presse nicht mehr das wirkliche Denken und Empfinden der Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck gelangt? Man hat Geld übrig — auch jetzt noch — für all und jeden Siegelack, bei dessen Förderung man irgend ein paar Verordnungsbedürftige unterzubringen beabsichtigt ist. Aber zum Schutze einer so wichtigen Sache, wie es die öffentliche Meinung und ihr Sprachrohr, die Presse, ist, versagt man und verläßt das Feld ohne Gegenwehr einer Handvoll kapitalstärkiger politischer Freibeuter. Wann endlich wird die Regierung der deutschen Republik zu der Einsicht gelangen, daß ihr eigener Schutz am besten bei einer Presse gewahrt ist, die den guten Willen der Regierungsorgane, die solche Helfer zu verpflichten, praktisch erfährt?

Unwetter. Ein am Sonnabend abend in der achten Stunde über unseren Ort niederschlagendes Gewitter, verbunden mit einem organartigen Sturm und wolkenbrudartigen Regen, brachte Pflanzen und Bäumen beträchtlichen Schaden. Verschiedene reichtragende Obstbäume wurden entwürzelt. Auch schlug der Blitz mehrmals in die elektrische Leitung. Die aufgeregte Natur konnte sich erst am anderen Tag beruhigen.

Warnung vor dem Genuß unreifen Obstes im rohen Zustande. Ungefährlich werden durch den Genuß unreifen Obstes im rohen Zustande, namentlich von Äpfeln und Birnen, zahlreiche, zum Teil langwierige und besonders für Kinder gefährliche Krankheiten und Darmtätarhe herbeigeführt. Es wird daher vor dem Genuß des vor der natürlichen Reife gekauften Obstes in ungelochtem Zustande dringend gewarnt. In gesundheitlicher Hinsicht empfiehlt es sich auch, reifes Obst jeder Art vor dem Genuß gehörig zu waschen oder zu spülen.

Aus Nah und Fern

Somburg. Auf der Zehle Friederichsdorf ereignete sich ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Durch den Einbruch einer Kohlenwand wurde der Arbeiter Karl Wöbel von hier erschlagen. Frau und Kinder trauern um den Hingeshiedenen.

Kompromittieren sucht. Es ist nicht die Aufgabe des Gerichtes, der Person dabei behilflich zu sein. Wir haben uns hier in erster Linie nur um den Diebstahl und dessen mutmaßliche Täter zu kümmern. Die Täter hat. Es wird mir vollkommen genügen, wenn Euere Durchsicht mir erklären, daß diese Behauptungen in betreff Ihrer Person unbegründet sind. Ich werde dann auch keine Veranlassung mehr haben, die Frau Gräfin von Jened, die einweisen noch gar nicht in vernehmungsfähigem Zustande sich befindet, und die das Dienstoffergewöhnlich sicherlich sehr aufregen würde, später in der Sache zu befehlen.“

Der Fürst verneigte sich zustimmend, und der Untersuchungsrichter verlas in trockenem, ausdruckslosem Geschäftston die Angaben der Berta. Ulrich sah während der ganzen Zeit regungslos da. Als der Richter die Vorlesung beendet und das Aktenstück beiseite gelegt hatte, nahm der Fürst das Wort.

„Ich erinnere mich des Abends zufällig sehr genau.“ begann er mit ruhiger und fester Stimme, „da ich an jenem Tage aus Paris hier eingetroffen war und am Abend den Ball beim Baron von Heddersdorf besuchte, auf dem ich die Ehre hatte, mit der Gräfin von Jened zusammenzutreffen. Da hier der Besuch gemacht wird, den Ruf einer ehrenhaften Dame zu besteden, so möchte ich es bei der einfachen Erklärung, daß die Kammerjungfer sich geirrt oder gelogen hat, nicht verwenden lassen. Ich halte es vielmehr für meine Pflicht, nachzuweisen, daß ich an jenem Abend nicht im Palais gewesen sein kann, und das wird mir sehr leicht gemacht. Ich habe den Ball beim Baron von Heddersdorf kurz vor eins verlassen — gleichzeitig mit dem Herrn Landgerichtsdirektor Hilsfeldt, der mich in der Garderobe noch netzte, daß ich so früh ging. Herr Hilsfeldt zog die Uhr... das war zehn Minuten vor eins; Herr Landgerichtsdirektor Hilsfeldt wird sich dessen ganz genau erinnern. Da ich noch die Pfeife rauchte in mir spürte, ging ich trotz des schlechten Wetters zu Fuß, um mich aufzuräumen. Ich hatte mich mit verschiedenen jungen Leuten bei Arell verabredet. Da war der erste öffentliche Winterball. Als ich in die Loge trat, wurde ich sehr freundlich begrüßt, und eine der anwesenden Damen befragte

Wisenhausen. Seinem Leben selbst ein Ende gemacht hat ein hiesiger Geschäftsmann. Gesundheitliche Beschwerden und Sorgen für die Zukunft werden den angefahrenen Mann wohl zu dem bedauerlichen Schritt geführt haben.

Fulda. Der Schweinemarkt wies einen starken Auftrieb von 297 Ferkeln und 10 Läufern auf. Bezahlt wurde für Ferkel 1500 bis 2500 M., für Läufer 4000 bis 5000 Mark per Stück. Da im Verhältnis zu dem starken Angebot nur wenig Käufer vorhanden waren, war der Handel schleppend.

Coburg. Die hiesigen Metzgermeister haben in ihrer jüngsten Innungsversammlung Stellung genommen zu den immer mehr steigenden Fleischpreisen. Sie beschließen, die Preistreiber nicht mehr mitzumachen. Die Metzgermeister sind dahin überein gekommen, eine weitere Preiserhöhung für Fleisch und Wurst nicht mehr eintreten zu lassen, sich aber auch zu melgen, mehr als 65 bzw. 66 M. pro Pfund Lebendgewicht für erstklassige Schweine zu zahlen, da dieser Preis trotz der schlechten Marktolauten den Weltmarktpreis erreicht hat und es nicht zu verantworten wäre, die Bevölkerung noch mehr zu belasten. Auch in Bamberg haben die Metzger den Händlern den Kampf angeblasen, und auf diese Weise bereits eine Verbilligung des Schweinefleisches um 5 M. das Pfund erreicht. Würden die Metzger im ganzen Reich so vorgehen, dann wären die jetzigen unerschwinglichen Fleischpreise unmöglich.

Backmehl, Kleie, Gries, Schrot

gewinnen Sie, wenn Sie in Ihrem Betriebe eine AMBI-Schrot- und Backmehl-Mühle verwenden. AMBI-Mühlen sind weltbekannt. Fordern Sie von Ihrem Geschäftsfreund, bei dem Sie gewohnt sind, Ihre Landmaschinen zu kaufen, ausdrücklich die Marke „AMBI“! Auch AMBI-Streidemaschinen, AMBI-Grasmäher AMBI-Streidereiniger, AMBI-Strohpressen, AMBI-Separatoren, AMBI-Nad-haken, AMBI-Frucht- u. Rübenpressen sind bekannte erstklassige Erzeugnisse. Verlangen Sie Druck-schriften S der AMBI-Werte Abt. II/J. 52 Merseburg. **Vertreter J. S. Verbold, Spangenberg**

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wilmanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.
Aber bereits ermittelt. Indessen muß ich, da nun einmal eine Anzeige antilich zu meiner Kenntnis gelangt ist, das Sachliche festzustellen. Ich werde Euere Durchsicht vorlesen, was die Berta Schneider angeklagt hat. Noch am demselben Abend wurde im Hotel Royal ein mit amtlichem Stempel versehener Bogen abgegeben.

„Se. Durchsicht Fürst Ulrich von Engenheims-Lippein, Kaiserlicher Legationssekretär, s. Z. beschäftigt im Auswärtigen Amte“, wurde vor den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Briefen gelassen, um in Sachen wider Gottie und Genossen wegen schweren Diebstahls usw. als Zeuge vernommen zu werden. Als Ulrich diese Botschaft nach dem Diner im Hotel vorlas, erblachte er.

Er schloß sich ein und ging erst eine Stunde lang ruhig in seinem Zimmer auf und ab. Er erlangte deutlich, daß sich ein furchtbarer Mordgrund vor ihm öffnete, der vielleicht ihn selbst und das Lebensglück anderer verschlingen würde... Er war bereit! Möchte denn kommen, wie das Verhängnis es beschloß hatte.

Der Landgerichtsrat Briefen empfing den Fürsten auf das artigste. „Es tut mir sehr leid, daß ich Euere Durchsicht habe bemühen müssen... wollen Euere Durchsicht nicht Platz nehmen?... aber ich bin dazu sehr gegen meinen Willen gezwungen worden. Euere Durchsicht ist inzwischen bekannt, daß in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember vorigen Jahres im Palais St. Erzelzen des Grafen Jened eingeschoben worden ist.“ „Dann, Herr Landgerichtsrat.“ „Aber, eine der am Diebstahl beteiligten Personen, die selbster Kamerader der Frau Gräfin, eine gewisse Berta Schneider, glaubt, daß sie ihrer Sache gewiß werde, wenn sie die Beschuldigung zu einer Straftat macht, möglichst hochgelobte Personen hinzuzieht und ihre selbster Herrin, sowie andere zu

sich in Lebenswichtigen Welse darüber, daß ich so spät komme. Eben hatte mich der Herr Landgerichtsdirektor darüber gefürchtet, daß ich so früh ging, und jetzt beschwerte man sich, daß ich so spät käme — der Widerspruch amüsierte mich, und wie ich eben gefasste hatte, es sei gar nicht mehr so früh, so sagte ich jetzt, es sei noch gar nicht so spät, und bestrickte das, indem ich mir meine Uhr zeigte. Sie wies genau ein Viertel auf zwei. Das wußt ich bestimmt, denn ich rechnete mir aus, daß ich von der Schenkstraße bis zu Kroll etwa fünfundsiebenzig Minuten verloren wegen des Schneefalles etwa fünf Minuten verloren hatte. Es ist ein wahres Wunder, daß ich das alles auf die Minute anzugeben vermag. Es erklärt sich durch den zufälligen Umstand, daß ich an zwei Orten, von zwei verschiedenen Personen hintereinander nach der Zeit gefragt worden bin — an meinem Ausgangspunkt und an meinem Ziele. Und zwischen diesen und jenen liegt eben nur der Weg, den ich zurückgelegt habe.“

„Der Alibibeweis, wenn es eines solchen bedürfte, wäre Euere Durchsicht glänzend gelungen.“ bemerkte der Landgerichtsrat. „Der Vollständigkeit halber wäre es vielleicht gut, wenn Euere Durchsicht, wie Sie die eine Person, den Herrn Landgerichtsdirektor, schon angegeben haben, nun auch die andere bezeichnen wollten.“

„Wenn es durchaus nötig ist: es ist ein Frau-lein Franzl, Mitglied des Ballettcorps unserer Oper. Sie würde für den Fall, daß meine Aussagen erhärtet werden müßten, vielleicht sogar die wichtigere sein. Sie hat mit mir auf die Uhr gesehen, und da sie Gefallen daran fand, habe ich ihr die Uhr — ein wertloses Ding, nebenbei bemerkt — geschenkt. Und als ich sie gellen zufällig wiedertraf, sprach sie ihre Freude darüber aus, wie ausgezeichnet das Werk wäre. Sie habe den Zeiger noch nicht gerückt, und die Uhr ginge noch auf die Sekunde.“

„Das sind in der Tat unwiderlegliche Beweise!“ rief der Untersuchungsrichter aus, der beglückt war, diese unangenehme Episode aus den Verhandlungen ausscheiden lassen zu dürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Chronik des Tages.

Die Reichsregierung hat in einer Note an das Parlament ihre Zustimmung zu den Reparationsleistungen für die Dauer des Moratoriums schriftlich ausgedrückt.

Das von der Reparationskommission gefällte Urteil für die neuen Kohlenlieferungen ist nach amtlicher Erklärung für Deutschland undrücklich.

Bismarck hat sich erklärt, mit Adolf George schon Anfang August über das deutsche Moratorium zu beraten.

Die bayerische Regierung wird eine eigene Verordnung erlassen, in der sie das materielle Recht des Reiches zum Schutz der Republik übernimmt, bei dem Volkswahlrecht jedoch die Befugnisse der Reichsbehörden in Bayern ausübt.

Der bayerische Handelsminister Hamm, der zur demokratischen Partei gehört, ist zurückgetreten, weil er die Haltung der bayerischen Regierung in der Frage der Schuldscheine nicht billigt.

Von der Reichsregierung wird bestätigt, daß die bayerische Regierung dem Reichsgeordneten Grafen Koch den Rücktritt nahegelegt habe.

Das Kohlendittat.

Durch den Verlust des oberösterreichischen Kohlenwerks und durch den künftigen Rückgang der Ruhrkohlenförderung hat sich die Kohlenversorgung der deutschen Bevölkerung in den letzten Wochen überaus schwierig gestaltet. Infolgedessen hat sich die deutsche Regierung gezwungen gesehen, bei der Reparationskommission um eine Herabsetzung der ihr ansehligen Kohlenlieferungen auf Reparationskonto zu bitten. Diese Herabsetzung der Reparationskommission ihre Entscheidung gefällt. Sie hat gegenüber der bisherigen Verpflichtung, 1916 000 Tonnen abzuliefern, diese monatliche Leistung im ganzen auf 1735 000 Tonnen — darunter 620 000 T. Kohl. und 100 000 T. Koks — herabgesetzt, während Deutschland einen Nachschub von mindestens 600 000 Tonnen erheben hatte. Diese Bitte war sehr wohl begründet, da die Einbußen durch die genannten Ursachen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergeben. Dabei wird unter anderem eine Menge von 125 000 Tonnen der besten oberösterreichischen Kohle verlangt und der deutschen Regierung anheimgegeben, diese von Polen zu kaufen. (1)

Was die Festsetzung der Menge anbetrifft, so ist die Ermäßigung völlig unzureichend, indem die deutsche Forderung auf Herabsetzung der monatlichen Leistung um rund 600 000 nur zu einem Drittel berücksichtigt ist. Durch diese geringfügige Herabsetzung des Lieferungsolls will die Reparationskommission der Welt offenbar einen Beweis ihres „Verständigungswillens“ geben. Und doch handelt es sich — wie stets nur um eine leere Geste, denn der Kern der Reparationslieferungen bildet nämlich das Sortenprogramm. Die Bevorzugung hochwertiger Kohle, besonders von Koks, war es, die den schwersten Druck auf das deutsche Wirtschaftsleben ausübte und die Reichsregierung veranlaßte, die Reparationskommission gerade hierfür dringend um Erleichterung gegenüber dem bisherigen Programm zu bitten. Und ausgerechnet in diesem Punkte ist keine Erleichterung, sondern eine Verschärfung eingetreten. Von den 300 000 Tonnen im August und 638 000 Tonnen im letzten Monat ist die Anforderung auf 620 000 T. Kohl. und 100 000 Tonnen Koks einschließlich hinausgeschraubt, eine Menge, die unsere Eisenverhüttung schwer gefährdet, die jetzt schon auf die Koksimporte angewiesen ist. Ein Bedarf dafür besteht bei den Alliierten nicht; Frankreich und Belgien haben so große Koksbestände, daß Mengen daraus von privater Seite der deutschen Industrie angeboten wurden. Die Erhöhung der Koksmenge ist demnach einfach der Versuch, der deutschen Industrie Produktionsmittel zu entziehen.

Geradezu ein Hohn auf die ganze Reparationspolitik ist es aber, wenn die Reparationskommission von Deutschland, einem der kohlenteuersten Länder der Welt, verlangt, daß es, ohne in stand zu sein, seine Industrie mit Kohlen zu versorgen, noch für teures Geld im Ausland Kohlen kaufen soll, die dann in Frankreich und Belgien so billig verkauft werden, daß die französische und belgische Kohlenförderung kaum mehr bestehen kann.

Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms der deutschen Kohlenlieferungen unmöglich. Wenn sich schon das alte Kohlenlieferungsprogramm in der Praxis als unüberwindlich erwiesen hat, so ist das neue Programm angesichts der veränderten Kohlenlage durch den Verlust von Oberösterreich erst recht nicht zu erfüllen. Das wissen die Franzosen selbst ganz genau. Aber gerade deshalb, weil sie dies wissen, bestehen sie darauf, dem ihnen liegt daran, eine „Verfestigung“ Deutschlands zu konstruieren, um den Vorwand für die Sanktionen, insbesondere für die Besetzung des Ruhrgebietes, zu finden.

Gegen diese von Franz und Kahrler diktierte Kohlenforderungen wird die Reichsregierung ohne Zweifel Einspruch erheben. Eine Grundfrage hierfür bietet ihre gerade der Friedensvertrag von Versailles, der ausdrücklich vorsieht, daß die Reparationen der Leistungsfähigkeit Deutschlands angefaßt sein müssen. Das Urteil der Reparationskommission läßt aber jede Rücksichtnahme auf die deutsche Wirtschaft vermissen und muß daher unbedingt abgelehnt werden.

Die christliche Mittelpartei.

Ein Aufruf der deutschen Zentrumspartei.

Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich die Zentrumspartei mit dem Gedanken einer Umbildung des Zentrums zu einer großen christlichen Partei der Mitte. Es sei nur erinnert an die bekannten Bestrebungen Siegelwols und des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, die in der Schaffung einer großen deutschen Verfassungspartei die einzige Rettung Deutschlands aus dem innerpolitischen Verwahrlosung und Elend erblickten. Dieser Gedanke des Ausbaus des Zentrums hat dann feste Gestalt angenommen durch die Beschlüsse des Reichsparteitages am 23. bis 25. Juni 1922, die bereits auf der Tagung vom 23. bis 25. Juni gefaßt, aber im Hinblick auf die Ermordung des Reichsministers Rathenau erst jetzt veröffentlicht werden. Im Namen des Vorstandes der deutschen Zentrumspartei erklärt der erste Vorsitzende Senatspräsident Dr. Marx einen Aufruf, der in seiner wichtigsten Sätzen folgendermaßen lautet:

„Die Vereinigung und Berechtigung unseres Parteioffiziers ist eine Lebensfrage Deutschlands. Wir brauchen eine feste Partei, die durch Fleißigkeit, Haltung und Zusammengehörigkeit. Diese Partei muß die Ideen der neuen Zeit verkörpern, ohne das Gute der alten Zeit und die sittliche Werte, das Beste der alten und religiösen sozialen Aufgaben der Gegenwart zu verlieren. Die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen zum Wiederaufbau der politischen Arbeit zusammenführen. Sie muß treu zu der Verfassung stehen und ihre Wurzeln in allen Standesstellungen haben. Die hier beschriebene politische Linie hat die Zentrumspartei tatsächlich eingehalten. Sie ist deshalb geeignet, sich zu dieser großen und starken Mitte auszuwandern und insbesondere auch den Kern der in letzter Zeit vielbesprochenen Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte abzugeben. Die obersten Instanzen der deutschen Zentrumspartei sind aus diesen Erwägungen heraus einmütig entschlossen, den grundsätzlichen fest vertretenen politischen Charakter der Partei bei den nächsten Wahlen auch nach außen hin klar und unabweislich zum Ausdruck zu bringen. Bei den nächsten Wahlen soll eine größere Zahl nichtkatholischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben.“

Die Zentrumspartei ist eine deutsche Verfassungspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes Halt macht. Ihre politische Arbeit gilt der Wiederaufbau des deutschen Volkstums in einem starken Deutschen Reich, der Erhaltung der christlichen Kulturwelt.“

Die vom Reichsparteitag beschlossenen Richtlinien für die Vorkonferenz enthalten die grundsätzlichen, aber wiedergegebenen Erklärungen des Aufrufs. Ferner betonte die Parteileitung die Notwendigkeit, einen „gitarbeteiten, zentralen, politischen Profibienst“ zu unterhalten, ferner soll bei der Reichsleitung der Partei ein Reichswirtschaftsbeirat gebildet werden, der die Aufgabe hat, die Reichsleitung der Partei bei besonderen wirtschaftlichen Fragen zu beraten. Bei kommenden Wahlen hat der Reichswirtschaftsbeirat Vorschläge zu unterbreiten über die Kandidaten, die für die Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen nach den Grundlinien der Partei im Reichstage notwendig sind.“ Die Richtlinien enthalten ferner die Beschlüsse über die Aufstellung nichtkatholischer Kandidaten und den Aufruf an die Parteipresse, den politischen Teil der Beitreibungen ausschließlich politisch zu gestalten.“

Die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialorganisationen werden dringend gebeten, sich für die Durchführung dieser Beschlüsse einzusetzen.

Bayern und das Reich.

Eine bayerische Verordnung zum Schutz der Wirtschaft.

Über die Durchführung der Schutzgesetze im Reich bestehen bekanntlich tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und Bayern. Der bayerische Ministerat hat sich die Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei, der die meisten Minister angehören, zu eigen gemacht. Diese Beschlüsse gehen dahin, das Schutzgesetz nicht von Reich wegen, sondern durch eine eigene bayerische Verordnung in Kraft zu setzen und nur durch bayerische Instanzen (also z. B. unter Ablehnung des Staatsgerichtshofes und der Reichskriminalpolizei) auszuführen zu lassen. Die bayerische Regierung glaubt sich bei diesem Vorgehen auf Artikel 48 der Reichsverfassung stützen zu können, wonach bei drohender Untertugend der Erlass besonderer Ausnahmegesetzungen zulässig ist.

Austritt der Demokraten aus der Regierungskoalition.

Die Beschlüsse des Ministerrats werden am Dienstag dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden. Eine Mehrheit des Landtages für die Regierungspolitik ist vorhanden, da die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) die Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei billigt und die Haltung der Regierung gutheißt. Die Demokraten jedoch erachten das bisherige Regierungsprogramm durch die Stellungnahme der Regierung für durchbrochen und die Regierungskoalition für gesprengt. Der demokratische Handelsminister Baum hat daher dem Ministerpräsidenten Verschiedenes seinen Rücktritt angezeigt. Das bedeutet den Austritt der Demokraten aus der bayerischen Regierungskoalition.

Der Bayerische Bauernbund wird erst noch Stellung nehmen. Reichsenerziehungsminister Feiler, der dem Bauernbund angehört, wird zu der Tagung in München erwartet. Bei der Schlussabstimmung über die Schutzgesetze im Reichstage hat Minister Feiler für die Weisung seine Stimme abgegeben.

Das Reichskabinett über die bayerischen Vorkämpfe.

Das Reichskabinett ist am Montag vormittag zusammengetreten, um über die politische Lage zu beraten. Insbesondere stand die Haltung Bayerns zum Schutzgesetz zur Debatte. Das Reichsgericht zum Schutz der Republik ist bisher noch nicht verurteilt worden, also noch gar nicht in Kraft getreten. Das Reichskabinett wird sich heute für das gesamte Reichsgebiet, also auch für Bayern, entscheiden. Mit dem Tago des Reichskabinetts ist die jetzt angekündigte bayerische Sonderverordnung von selbst nichtig und ohne Rechtskraft, nach dem Grundsatze der Rückwirkung der Reichsverfassung, Maßregeln tritt Anbrecht. Eigene Verordnungen zu erlassen, ist die bayerische Staatsregierung weislos berechtigt, sofern sie sich im Rahmen der bestehenden Verfassung halten. Die Reichsverfassung räumt den Ländern ausdrücklich das Recht ein, selbständige Verordnungen zu erlassen. Es ist der Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der den Landesregierungen die Vollmacht erteilt, bei Gefahr im Verzuge die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen

zu treffen. Die Vorkämpfe des Reichspräsidenten über das Reichstages sind sie jedoch alsdann außer Kraft zu setzen.

Die neuen Beamtengehälter.

Im Juli 24, im August 34 Prozent mehr. Bei den diesmaligen Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter ist in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Einigung zwischen der Regierung und den Vertretern der Epigenozorganisationen erreicht worden. Die am Sonnabend im Reichsfinanzministerium begonnene Beratungen haben bereits am Sonntag früh zu einer Verständigung auf folgender Grundlage geführt:

Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der erschwerten Finanzlage des Reiches einigte man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der gegebenden Körperschaften bei den Beamten und Angestelltenbezügen dahin, daß der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. Juli um 55 Prozent, also von 105 auf 160 Prozent, vom 1. August um 80 Prozent, also auf 185 Prozent erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 Prozent und für August um rund 34 Prozent.

Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Verhandlungen hierüber wurden am 24. ds. Mts. fortgesetzt. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge wird mit größter Beschleunigung erfolgen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 25. Juli 1922.

Der Zentrumsgewerbetreibende Hagen an der Ruhr, der nach dem Tode des Abg. Buntgen für den Wahlkreis Westfalen im Reichstag einzutreten und gleichzeitig dem Preussischen Landtag angehört, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der obdunenburgische Landtagsabgeordnete Kasse in den Reichstag ein.

— Nach belgischen Blättermeldungen hat der Führer der christlichen Sonderfraktion Smeets gelegentlich des belgischen Nationalkongresses ein Glückwunschsgramm an den König der Belgier geschickt. (1)

Die Finanzkontrolle von Deutschland endgültig angenommen.

Die deutsche Reichsregierung hat durch den Reichsfinanzminister an den Präsidenten des Garantierausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich bereit erklärt, sich unter die Garantieforderungen der Reparationskommission „für die Dauer des Moratoriums“ zu unterwerfen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die Maßnahmen über die Nachprüfungen in Uebereinstimmung mit den Grundfragen zur Ausführung gelangen werden, welche bei der Befreiung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reiches, Aufrechterhaltung des ungehinderten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftseinkommens. Zum Schutze des Schreibens bittet die Reichsregierung das Garantierausschusses, darauf hinzuwirken, daß die Entschädigung des Obersten Rates vom 13. August 1921 nun endlich durchgeführt wird. — Der Beschluß des Obersten Rates ging bekanntlich dahin, die wirtschaftlichen „Sanktionen“ unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllen, d. h. gemäß dem Londoner Ultimatum eine Milliarde Goldmark bezahlen werde. Die Forderung der deutschen Regierung besteht hierin, daß nunmehr mit dem Abbau der „Sanktionen“, die nach der Zahlung der Milliarde trotz jenes Beschlusses in Kraft geblieben sind, die Ausfuhrabgabe, endlich beseitigt werden.

Die Zwangsanteile und Zeichnungspflicht. Das nunmehr verabschiedete Gesetz über die Zwangsanteile sieht vor, daß diese vom 15. Juli ab gezeichnet werden können. Die Zeichnungspflicht beginnt erst bei Vermögen von über 100 000 Mark, darüber hinaus sind Vermögen bis zu 300 000 Mark frei, wenn sie hauptsächlich aus Kapitalvermögen bestehen und das für 1921 festgestellte Einkommen 40 000 Mark nicht übersteigt. Bei über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Rentnern erhöht sich die Freigrenze bis auf 1 Million Mark, wenn das Einkommen 60 000 Mark nicht übersteigt. Die Höhe des Vermögens bestimmt sich nach dem Wert, den es am 31. Dezember 1921 haben wird. Im übrigen sind nicht nur alle im Reich ansässigen Deutschen, sondern auch Nichtdeutsche mit Wohnsitz oder langdauerndem Aufenthalt im Deutschen Reich, juristische Personen und nicht rechtsfähige Personeneinrichtungen, deren Sitz oder Leistungsort im Inland liegt, zwangsanteilepflichtig.

Die deutsche Friedensbedingungen. Anlässlich der letzten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs sind am Sonntag, den 30. Juli, in mehr als 200 Städten Deutschlands große Kundgebungen für den Weltfrieden unter der Parole „Die wieder Krieg“ statt. Am 29. und 30. Juli werden ähnliche Veranstaltungen auch in England, Frankreich, Holland, Dänemark, den Niederlanden, Schweden, in der Schweiz, in Portugal und in den Vereinigten Staaten von Amerika vor sich gehen. Die Berliner Kundgebung ist unter Führung des Aktionsausschusses „Die wieder Krieg“ von 30 Verbänden erschienen.

Die russische Regierungsvorstellung in Berlin. Ostwinow, Krassin und Krestinski sowie die übrigen Mitglieder der russischen Delegation sind aus dem Haag kommend in Berlin eingetroffen. Die Delegation wird längere Zeit in Berlin verweilen, um die bereits im Haag angekündigten Scharverhandlungen mit den führenden europäischen Industriefirmen aufzunehmen.

Die Besetzung der Galaxen. Durch die Verordnung III hat die Rheinlandkommission beschlossen, daß der Besitz und der Handel mit Waffen sowie der Verkauf derselben erlaubt ist, wenn es sich um Handfeuer, Handfeuer und Galaxen für Offiziere handelt. Zur Ausführung dieser Verordnung hat die Rheinlandkommission dem Reichsminister für den Handel mit Galaxen mitgeteilt, daß die Galaxen im Sinne der Verordnung III die Galaxen, welche

... Beamte (Gleichbedeutende, Postbeamte usw.) ... ferner die sogenannten Colleurflügel der ... Korporationen, welche von ihnen bei fest ... Beanfahungen — auch bei Begräbnissen — ... werden, sowie die im Besitze der Theater, ... Vereine befindlichen Waffen, die nur zur Ver ... von Schauspielen, Opern usw. benötigt wer ... gehören. Die Weinlandkommission hat dagegen ... Beamten mitteilt, daß die Regien, die früher jeder ... Offizier, Militärbeamte, Feldwebel usw. als ... teil seiner Uniform trug, nicht der Begrün ... die, in der Verordnung III ausgesprochen ist, ... unterliegen.

... Neue Zeitungsverbote. Nachdem bereits vor ... eine Nummer der Zeitschrift „Der Auf ...“ beschlagnahmt worden ist, ist jetzt das we ... Geschehen der Zeitschrift auf die Dauer von ... Wochen verboten worden. — Die Sonnabend ... Nummer der „Süddeutschen Zeitung“ ist be ... beschlagnahmt worden, weil sie den vielfach erwähnten ... Artikel des Amerikaners veröffentlicht hat, desent ... wegen die bekannte Wochenschrift „Das Gewissen“ ver ... worden wurde. Gegen die Zeitung soll ein Strafver ... eingeleitet werden. — Der Oberreichsanwalt ... hat das gegen den Schriftleiter des „Göttinger ...“ auf Grund der Verordnung des ... Präsidenten eingeleitete Verfahren, das zur ... beschlagnahme und zum einstweiligen Verbot des ... geführt hat, eingestellt. — Der Oberpräsident ... von Provinz Niedersachsen hat auf Grund der Ver ... zum Schutze der Republik das „Grünberger ...“ für sieben Tage verboten, weil es eines ... der Wochenschrift „Das Gewissen“; „Urteil eines ... republikanischen Republikaners“ nachgedruckt hatte.

... 2 Millionen Belohnung für die Ergreifung von ... Die Oberreichsanwalt teilt mit, daß eine ... bis zu zwei Millionen ausgesetzt ist ... die Ermittlung und Ergreifung von Personen, ... die Verdächtige gegen Mitglieder der im Amte befind ... oder einer früheren republikanischen Regie ... oder einer Volksvertretung des Reichs oder ... Landes (Ermordung der früheren Minister Erg ... und Nathanael, Attentat gegen den Oberb ... ermeister Scheidemann u. a.) verabredet oder sonst ... organisiert haben oder die solche Verabredungen oder ... durch Geld oder sonstige unterstützt ... haben, und daß die Entscheidung darüber, ob die ... Belohnung verdient ist, wenn sie gefüßt und wie ... gegebenenfalls zu verteilen ist, einseitig durch ... Oberreichsanwalt erfolgt.

Ausland.

Der Westfalenkongress der Friedensgesellschaften ... am 25. u. 29. Juli 1922 in London statt und ... sich mit den Fragen des notfallsigen Abbaus von ... und demokratischer Kontrolle der ausländischen ... befaßte.

Das neue österreichische Beamtenabgabengesetz gemäß ... der Bundangelegenheiten das größte Maß der Mit ... bei der Durchföhrung des Beamtenabgabengesetz.

Der Führer der „Freiwirtschaftlichen Liga“, Herr ... unter dem Vorwand des Auftrags dem ... übergeben worden. Die Bänder des Seals ... an dem kürzlichen Einfall in das österreichische ... bestieg.

Die französische Unterhändler in der Frage der ... bei Amerika hat dem amerikanischen Senat ... genaue Darstellung der französischen Wirtschafts- ... und finanzielle Übergaben.

Der Untersuchungsrichter gegen die beiden kommunist ... Abgeordneten Gallant-Couturier und Marcel ... und den Sekretär Gabriel Peri vom Bunde der ... in Frankreich in Paris hat wegen Aufzehrung ... von Geldern zum Ungewöhnlichen Strafantrag gestellt.

Bei der Nachwahl für das englische Unterhaus im ... Wahlkreis Gones wurde der Arbeiterlandbau Grenfell gegen ... Kandidat William gewählt. Im Wahlkreis ... wurde zum Nachfolger des ermordeten Feldmars ... Henry Wilson der frühere Generalfeldher von ena ...

... Truppen in Frankreich Stms ohne Gegenstand ...

Die Sowjetrepublik Georgien, Armenien und Aser ... haben sich zu einem „Transkaukasischen Bundes ...“ zusammen geschlossen.

Frankreich: Poincaré leutet ein.

Die Reparationsfrage hat sich infolgedessen entspannt, als Poincaré trotz seiner dem französischen Vertreter in der Reparationskommission des Reichs die Absicht, die Reparationsfrage zu lösen, bekannt gab. ...

Irland: Guerillakrieg der Aufständischen.

Die irische Regierung sträubt sich gegen die Aufständischen, die in offener Feindschaft ...

Vereinigte Staaten: Kohlenzufuhr trotz des Kohlenarbeiterstreiks.

Nach einer Meldung aus Washington ist das Schiffahrtsamt wegen des Kohlenarbeiterstreiks ...

Soziales.

Ausschuss für Alkoholverbot in Deutschland hat sich dieser Tage in Darmstadt gebildet. Seine Leitung liegt in den Händen des früheren hessischen Unterrichtsministers Dr. Strecker.

Aus Stadt und Land.

Die Stilllegung der deutschen Seeschifffahrt. Seit über drei Wochen schon dauert der am 1. Juli aus ...

Ein schweres Automobilmisgeschick hat sich auf der Chaussee zwischen Eberswalde und Berlin ...

Sehr vertraut hatte, vernichtet haben. Lieber wollte er selbst an seiner Unwahrheit zugrunde gehen.

Epizhen.

Roman von Paul Bindau. Copyright 1920 by Wilmanns Verlagsgesellschaft, Berlin W 66.

Herr Ulrich diktierte die Darstellung, die er eben dem Richter gegeben hatte, klar und vollständig dem Protokollführer und setzte seinen Namen darunter.

„Ich hoffe, man wird davon Abstand nehmen können. Eine bestimmte Zustimmung kann ich Ihnen nicht geben; vielleicht erachtet es die Verteidigung im Interesse eines der Angeklagten doch für notwendig, Euerer Durchsicht laden zu lassen.“

„Ich begreife vollkommen. Von seiten der Staatsanwaltschaft wird keinesfalls die Zeugnisaussage Eurer Durchsicht beantragt werden; sobald die Verteidiger der Angeklagten bekannt sind, werde ich Euerer Durchsicht Kenntnis davon geben.“

„Ich begreife vollkommen. Von seiten der Staatsanwaltschaft wird keinesfalls die Zeugnisaussage Eurer Durchsicht beantragt werden; sobald die Verteidiger der Angeklagten bekannt sind, werde ich Euerer Durchsicht Kenntnis davon geben.“

... in dem Berliner Vorort Tempelhof ab. Dort stießen ein Privatautomobil und ein Motorrad zusammen. Der Führer des letzteren, erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und Lungen.

Milliardenerbschaft der Goethe-Gesellschaft. Ein Fräulein Marianne Seiden aus Essen hat ihr gesamtes Vermögen im Betrage von etwa 12 Millionen Mark der Goethe-Gesellschaft testamentarisch vermacht.

Ein jugendlicher Verbrecher. Bei einer Forderung hob der aus Hamm gebürtige 16-jährige Lehrling Otto Schulmacher auf einen gefälschten Scheck 250 000 Mark in Zehntausendmarktscheinen ab.

Große Unterschlagungen in einem Berliner Vorort-Postamt. Von der Berliner Kriminalpolizei wurden in dem Postamt Wilmsdorf planmäßige Diebstahle, die bis 1920 zurückgehen, aufgedeckt.

Angehörigen in München. In München wurde eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten unter Leitung von antisemitischen Liebden einige Häuser in Strafen und bößelten den zufällig vorbeikomenden Landtagsabgeordneten Auer an.

Kommunisten gegen Studenten. In Glasthal plünderten bei der Demonstration der kommunistischen Arbeiterjugend des Harzer Unterbezirks die Kommunisten die Häuser und Gasthöfe der studentischen Korporationen der Bergakademie Glasthal und verbrannten deren Möbel und Embleme.

Schweres Straßenunfall bei München. In dem Münchener Vorort Solln ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall, indem ein Motorradfahrer von einem Lastkraftwagen überrollt wurde.

Sozialistische Demonstrationen in Kattowitz. Bei einer Demonstration, die am Sonntag in Kattowitz von den sozialistischen Parteien gegen die Ministerpräsidentenschaft Korfantsch veranstaltet wurde, kam es zu Zwischenfällen. Parteigänger Korfantsch verletzten bedürfe, sich dennoch bereit erkläre, nimmend der Vorladung als Zeugin Folge zu leisten.

Die öffentliche Verhandlung wurde nun folgend angefangen. Der Vorsitzende, der Staatsanwalt und die Verteidiger einigen sich darüber, das Bestreben der Angeklagten, ihre verbrecherischen Taten durch Hineinziehen von Dingen, die mit dem Diebstahl nichts zu schaffen hatten, zu verwirren, kurzer Hand zu vereiteln, die schwer geschädigte leidende Frau Gräfin in jeder Weise zu schonen und die ganze Sache, die sonnenklar war, möglichst schnell und geräuschlos abzutun.

So fand den Mitte April die öffentliche Verhandlung statt. Der kleine Raum der Führer in der Strafammer war kaum von einem Duzend Personen gewohnheitsmäßiger Gerichtsbefucher aus den niederen Ständen besetzt. Von den Vertretern der Presse war nur ein einziger zugegen.

Die Angeklagten: Kammerdiener Johann Gotte (31 Jahre alt), Kolporteur Fritz Wildke (33 Jahre), Kammerjungfer Bertha Schmidt (26 Jahre), Hofe Woodell, ohne Geschäft (23 Jahre) und Kommissar Eduard Freeder (58 Jahre) wurden eingekerkert und nahmen hinter dem vergitterten Raume Platz. Die feindlichen Parteien warfen sich grobende Wände zu. Jeder der Angeklagten hielt seine Partie für rettungslos verloren, und ein jeder war bestrebt, dem anderen die Hauptschuld aufzuladen.

Die Verteidiger hatten sich gefest, der Gerichtshof war eingetreten, der Gerichtsschreiber verlas die sehr umfangreiche Anlagenschrift. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Himmelt, verbot die Angeklagten in scharfer und knapper Weise und fuhr ihnen bei jedem Versuche, von der Sache abzuweichen und durch Ungehörigkeiten die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und zu verwirren, energisch über den Mund. Weder die Vertreter der Anklage, noch die Verteidiger saßen sich verhalten, den Herrn Vorsitzenden zu bitten, besondere Fragen an die Angeklagten zu stellen. Das Verhör nahm auf diese Weise verhältnismäßig nur geringe Zeit in Anspruch.

ten, den Demonstrationen zu Prengeln. Nach einem Handgemein befehlten die Demonstranten die Oberhand, und die Demonstration konnte in Ruhe zu Ende geführt werden.

Flugunglück in Norwegen. Der Flieger Gelsen flügte in der Nähe von Namafos mit seinem Flugzeug ab. Gelsen und einer der beiden an Bord befindlichen Passagiere wurden getötet, der andere Passagier wurde schwer verletzt.

100 Kronen für einen Brief. Der Hauptanspruch des österreichischen Nationalrates hat der Regierung die Ermächtigung erteilt, selbständig die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telefongebühren nach dem Stand der Kronenwertberichtigung vorzunehmen. Im Postverkehr sollen die Tarife verdreifacht werden, so daß ein einfacher Brief in Deutschland und nach Deutschland statt wie bisher 25 Kronen 100 Kronen, eine Postkarte 50 Kronen, ein Brief nach dem Ausland statt wie bisher 75 Kronen 300 Kronen kosten wird, mehr als das Dausendfache des Friedensarfs.

Folgenschweres Straßenbahnunglück in London. Bei einem Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen in London, bei dem der Straßenbahnwagen kippte, wurden 30 Personen verletzt.

Zusammenbruch einer amerikanischen Großfirma. Einen gewaltigen Zusammenbruch erleidet die amerikanische Großfirma Alcan. Der Inhaber der Firma Alcan, dessen Vater unter dem Namen „der König der Zugkraft“ bekannt war, hat den Konkurs erklärt unter Vorweisung einer Bilanz, die ein Passivum von annähernd 32 1/2 Millionen Dollars verzeichnet, gegenüber einem Aktivum von kaum 650 000 Dollars. Alcan war bereits vor längerer Zeit wegen Spekulationsmanövern aus der Stock Exchange (Effektenbörse) ausgeschlossen worden.

Schweres Zugunglück bei Bagdad. 8 Meilen südlich von Bagdad wurden bei einem Zugzusammenstoß 7 Personen getötet, darunter ein englischer Ingenieur, und 14 Personen verwundet.

Kleine Nachrichten.

Mit dem 25. Juli wird der Paketverkehr zwischen Deutschland und nach Polnisch-Oberschlesien und in umgekehrter Richtung aufgenommen.

Der Landarbeiterstreik im Kreise Stendal hat jetzt auch auf die Kreise Gardelegen, Salzwedel, Dierburg, Neudamleben, Jericho 1 und Wolmirstedt übergegriffen.

Ueber das Rhein-Main-Gebiet gingen heftige Unwetter mit schweren Regenschauern nieder, die einen erheblichen Ernteschaden anrichteten.

Die großen Anlagen des Semmering-Eisenwerkes werden in Zukunft friedlichen Zwecken dienen. Der Kreis Badenorn hat mit der Kultivierung der Semme auf einem 500 Morgen großen Gelände begonnen.

Bei Danneberg wurde ein Jernschiffchen, dessen Name nicht ermittelt werden konnte, fliegend treibend gesehen; seine Masten waren abgebrochen. Es wird angenommen, daß die Mannschaft ertrunken ist.

Das polnische Segelschiff „Sowu“ ist mit einer Munitionsladung in dem Danziger Hafen eingetroffen. Da die Frage der Munitionskontrolle in Danziger Hafen noch nicht geregelt ist, hat der Polizeipräsident ausnahmsweise als Wächter der Ladung gestattet.

Gerichtssaal.

Hohes Geldstrafe für einen ungemessenen Witz. Von der Strafkammer in Stuttgart wurde der Witzler Schultheiß Kümmler aus Strumpfbach wegen Vergehens gegen das Weinsteuergesetz zu 330 000 Mark Geldstrafe verurteilt, aber von der Auflage des Betrages und der Untreue freigesprochen. Der Verurteilte hatte unrichtige Angaben über die Höhe der Weinpreije gemacht.

Französische Militärstrafe. Das Kriegsgericht des 30. französischen Armeekorps in Wiesbaden verurteilte mehrere Deutsche, die gegenwärtig einer Tanzbelustigung in Höchst am Main mit französischen Soldaten in Streit gerieten und diese verurteilten zu Gefängnisstrafen von 1 bezw. 2 Jahren, außerdem noch einen der Deutschen zu 200 Kronen Geldstrafe.

Opfien.

Roman von Paul Lindau. Lopyright 1920 by Wiemanns Verlagsverlag, Berlin W 66.

Der Gräfin Juliane und ihren Begleitern: dem Präsidenten und Geheimrat Dr. Lohausen, hatte der Vorsitzende sein Zimmer zur Verfügung gestellt. Dieselbe Begünstigung hatte er auch dem Fürsten von Engenheim eingeräumt. Der Fürst hatte indessen von diesem gütigen Anerbieten keinen Gebrauch gemacht und war feigeigam auf dem Korridor auf und abgegangen.

Er grüßte tief, als die Gräfin, auf den Arm ihres Mannes gestützt und von ihrem Kutscher gefolgt, an ihn vorüberging und in die vom Kaminist geöffnete Tür des Verhandlungsraumes trat. Es durchschauerte ihn eifrig.

Es war das erste Wiedersehen! Was war aus der armen Juliane geworden! In diesem lebensfrischen, übermühten, beweglichen Wesen mit den glühenden Augen und den unendlichen, ihre Gesichtszüge war fast, ihr Auge erloschen, und träge schwerfällig und matt schleppte sie sich daher. Eine Gräfin von fünfundsiebzig Jahren!

Auch auf die Herren von Gericht machte das Erscheinen der unglücklichen Frau einen tiefen Eindruck, und selbst Vertha bedachte sie ihre Augen und schluchzte heftig.

Der Vorsitzende ließ die Stühle vorrücken und wat die Frau Zeugin mit ausdrücklicher, milder Stimme, sich zu setzen, da sie sich offenbar noch sehr angegriffen fühlte. Er ernannte seine Gezellen, den Herrn Grafen Hensch und den Hausarzt, neben der Frau Gräfin Platz zu nehmen.

Langsam und ziemlich leise sagte der Vorsitzende, nachdem er die Personalien erledigt hatte und der Eid geleistet worden war: „Ich werde mich bemühen, das Verhör auf das Wesentliche zu beschränken. Das Tatsächliche ist durch die Untersuchung und die Befragnisse der Angeklagten in allem Wichtigsten festgestellt worden. Die Frau Requin wird nun zu erklären haben,

Volkswirtschaft.

Berlin, 24. Juli. (Börse.) An der Börse war der Julaus zum Dollar-Markte wieder sehr groß. Allerdings verfiel der Dollar den Kurs 525, als die Börse matt einsetzte, und fiel teilweise auf 490. Man führte das Sinken des Dollars auf die Haltung Polinars in der Moratorienfrage zurück. Im allgemeinen war die Stimmung unruhig. Die Kursentwicklung war ungleichmäßig bei meist beschleunigten Veränderungen.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	24. 7.	22. 7.	1914
100 Holländische Gulden	10625	19674	167, —
100 Belgische Franken	—	4019	80, —
100 Dänische Kronen	10861	10911	112, —
100 Schwedische Kronen	13008	13183	112, —
100 Italienische Lire	—	2357	80, —
1 englische Pfund	2237	2263	20, —
1 Dollar	502	507	4,20
100 Französische Franken	—	4254	80, —
100 Schweizerische Franken	—	9697	80, —
100 Tschechische Kronen	1085	1088	—

Berlin, 24. Juli. (Warenmärkte.) Amliche Notierungen der Vorkaufsbörse für je 50 Kilo ab Station: Sommergerste 1050, Wintergerste 1025, Mais 2a 1010, Roggenmehl (100 Kilo) 2900—3150, Weizenmehl (100 Kilo) 2050—2225, Weizenkeime 700, Bohnenkeime 700—710, Mais 1900—2000, Reisfeinst 1900 bis 2000, Viktoriaerbsen 1350—1500, Kleine Speiseerbsen 1100—1225, Futtererbsen, Pflanzbohnen und Ackerbohnen 1000—1025, Wicken 900—1100, Lupinen 750—750, Lupinen gelbe 950—1100, Nusskuchen 735—765, Getreide 1100—1125, Trockenfenchel 640—690, Vollweizen 1000—1100, Weizen 440—460, Gerste 1100 und 1200, Großhandelspreis für 50 Kilo ab Station: Drahngerechtes Roggen, Weizen und Haferstroh 200—230, Einhandgerichtetes Roggen und Weizenstroh 185—210, Roggenlangstroh 205—230, gebündeltes Krummstroh 170—190, Härfel 200—285, handelsübliches Heu 380—420, gutes Heu 420—490 Mark.

Lozales.

Gedenktafel für den 25. Juli.

1799 Sieg Napoleons I. über die Türken bei Muzik — 1800 — Der Botaniker Heinrich Robert Schimper in Spvrou († 1884) — 1848 Sieg Napoleons über Karl Albert von Savoyen bei Gollub — Der sächsische Richter Dittmar Kerpel in Marburg († 1878) — 1850 Niederlage der Schleswig-Holsteiner gegen die Dänen bei Jönby — 1914 Abbruch der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien — 1920 Die Griechen erobern Adrianopel.

Sport und Verkehr.

Der große Preis von Deutschland im 1000 Kilometer-Rennen. Der große Preis von Deutschland im 1000 Kilometer-Rennen in vier großen Etappen wurde in Köln von dem Berliner Adolf Hufsch in 38 Stunden, 33 Minuten 31 Sekunden genommen. Zweiter wurde Hohl-Berlin in 38 Stunden 33 Minuten 33 Sekunden, Dritter Siebert-Berlin in 38 Stunden 33 Minuten 56 Sekunden. Mit diesem Rekordkampf hatte die große sächsische Sportwoche ihren Höhepunkt erreicht. Tausende von Zuschauern trafen in Köln ein.

Deutsches Arbeiter-Turn- und Sportfest Leipzig. Leipzig feiert gegenwärtig im Reich den 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes. Mehr als hunderttausend Fremde drängen nach der Stadt gekommen sein. Das Fest selbst wurde durch Eröffnung der Bundeskanzler und Kranzniederlegung an der Graben verstorbenen Bundesvorstandsmitglieder begonnen. Im Zoologischen Garten fand die offizielle Eröffnungsfest. In zahlreichen Lokalen der Stadt wurden Begrüßungsfeiern veranstaltet.

Bereine und Versammlungen.

Der Würzburger Studentenrat hat die neue Verfassung angenommen. Die neue Satzung fand Zustimmung bei 56 der 82 deutschen Einzelstudenten.

Warten; weitere zwei Studentenwarten reisen weiter. Ihre Zustimmung erklären. Nach Genehmigung der Satzung tritt man zur Neuwahl des Vorstandes an. Der alte Vorstand der deutschen Studentenschaft löst sich, worauf er die Würzburger Satzung als unrichtig und wegen des Verbots der Logung als unzulässig und gegen den Widerstand gegen den bayerischen Staat bezeichnet.

Schlussdienst.

Neue Kohlenpreiserhöhungen. Bei den neuen Lohnverhandlungen für den Bergbau haben die Bergarbeiterverbände eine weitere Erhöhung der Löhne um 60—80 Mark je Schicht beantragt. Die neuen Lohnforderungen betragen eine neue Perzentage von 350 Mark je Tonne. Die letzte Kohlenpreiserhöhung der Bergarbeiter hatte eine Erhöhung der Kohlenpreise um rund 300 Mark je Tonne zur Folge gehabt.

Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne. Berlin, 24. Juli. Die Verhandlungen über die Erhöhungen der Staatsarbeiterlöhne wurde geschlossen. Den Stundenlohn des Arbeiters in der Gruppe 5 ab 1. Juni um 5,10 Mark, ab 1. August um 7,50 Mark zu erhöhen. Die Auszahlung der höchsten Bezüge soll mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Parteitag der Unabhängigen. Berlin, 24. Juli. Die Zentralleitung der U. S. P. D. beschloß, zum Sonntag, den 1. Oktober d. J. einen ordentlichen Parteitag einzuberufen. Als Parteitag wird sich in der Hauptsache mit der Frage der Verschmelzung der U. S. P. mit der S. P. D. zu befassen haben.

Die Klust zwischen Bayern und dem Reich. München, 24. Juli. Die Münchener Neuesten Nachrichten rechnen bei Besprechung der Krise in Bayern mit Landtagsneuwahlen und Regierungsbildung und schreiben, niemals seit der Gründung des Reiches habe sich eine solche Klust zwischen der Zentrale in Berlin und Bayern aufgetan wie jetzt. Die Deutsche Volkspartei Bayerns gegen die Schwärze.

München, 24. Juli. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm eine Entschließung an, durch die die Gesetze zum Schutze der Republik abgelehnt werden. Besonders wendet sie sich gegen den Eingriff in die Justiz- und Polizeiherrschaft der Länder. Sie billigt die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage.

Ein Polizeipräsident für Halle. Halle, 24. Juli. Zum Polizeipräsidenten in Halle (Saale) ist nunmehr, wie angekündigt, der frühere Kölner Polizeipräsident, der Mehrheitssozialist Runge, ernannt worden. Die Ernennung eines Polizeipräsidenten für Halle wird von der Regierung als eine staatspolitische Notwendigkeit begründet.

Die Beisegung der Nathanael-Mörder. Leipzig, 24. Juli. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden aus Bad Kösen: Auf dem Friedhofe in Saale wurden die Leichen der beiden Nathanael-Mörder Kern und Fischer in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt. Die Särge waren reich mit Blumen geschmückt. Angehörige der früheren Brigade Ehrhardt hatten einen großen Lorbeerkranz mit schwarz-weiß-roter Schleife geschenkt. Die Särge wurden getragen von Studierenden des Technicums Saale sowie zwei Schulfreunden Kerns und ehemaligen Offizieren. Außerdem wohnten der Feier nur die Angehörigen, einige studentische Vertreter sowie verschiedene Kriminalbeamte bei.

Die Besetzung des Staatsgerichtshofes. Leipzig, 24. Juli. Die ausführliche Zusammen-

ben, ob diese Feststellungen, soweit sie ihre Person betreffen, zutreffend sind. In der Nacht vom 21. zum 22. Dezember ist der in Ihrem Toilettenzimmer befindliche Schrank erbrochen worden, es sind daraus Gegenstände von bedeutendem Wert gestohlen worden. Sie befanden sich im Nebenzimmer, dem sogenannten Parkzimmer. Sie hatten das Zimmer vorher verlassen, um sich aus der Hausapotheke im Nebenzimmer, dem Schlafzimmer Ihres Herrn Gemahls, ein Brausepulver zu holen. Das ist richtig.“

„Janochl, Herr Präsident.“

„Möglichst hören Sie den Hund in Ihrem Toilettenzimmer anschlagen. Sie gewöten ihm Ruhe. Das Tier, das Ihnen sonst unbedingt gehorcht, war aber schwer zu beruhigen. Sie mühten ihm wiederholt zuzurufen. Dann vernahmen Sie ein unheimliches Geräusch. Sie schlossen mit Recht auf Diebe. Sie öffneten leise die Tür zum Toilettenzimmer, aus dem das Geräusch kam, und riefen den Hund zu Ihrem Schutze herbei. Sie haben bei der Gelegenheit nicht gesehen, was im Toilettenzimmer vorging.“

„Nein, Herr Präsident, ich stand hinter dem Türhügel.“

„Sehr wohl. Dann haben Sie alle Türen verriegelt. In Ihrer sehr begreiflichen Aufregung wird es Ihnen kaum möglich sein, bestimmt anzugeben, in welcher Reihenfolge Sie die Verriegelung der verschiedenen Türen vorgenommen haben. Jedenfalls sind Sie wieder ins Nebenzimmer getreten, diesmal von Ihrem Hunde begleitet.“

„Janochl, Herr Präsident.“

„Damit wäre also die Möglichkeit, daß einer der Verbrecher aus dem Toilettenzimmer durch das Parkzimmer in den Park unentdeckt habe entweichen können, festgestellt.“ fügte der Vorsitzende, sich an seine Beisitzer wendend, hinzu. „Schließlich haben Sie, Frau Zeugin, durch den Druck auf die elektrische Taste die Dienerschaft herbeigerufen, die Polizei holen lassen und von diesem Augenblicke an mit der Sache selbst nichts mehr zu schaffen gehabt? Damit wären die Verbrecher, die ich an die Frau Zeugin zu stellen hätte, erledigt. Von Seiten der Staatsanwaltschaft wird keine

weitere Frage beantragt? der Herren Verteidiger? der Angeklagten?“

Vertha wollte sich erheben. Der Verteidiger der sie scharf im Auge behalten hatte, deutete sich zu ihr und rief ihr in beschleunigter Tone zu: „Setzen Sie sich.“ Vertha warf einen Blick auf die Gräfin, die Tränen traten ihr wieder in die Augen, und sie gehorchte schuldlos.

„Dann glaube ich die Frau Zeugin entlassen zu dürfen.“

Die Richter, der Staatsanwalt und die Verteidiger machten zustimmende Bewegungen.

„Frau Zeugin. Sie sind entlassen.“

Der Graf verneigte sich dankend gegen die Herren, die den Gruß höflich erwiderten. Er bot seiner Frau den Arm. Juliane hatte das kurze Verhör so furchtbar angegriffen, daß sie in halb ohnmächtigen Zustande vom Grafen und von dem Verhandlungsraum fort getragen werden mußte. Im Zimmer des Präsidenten kam sie erst allmählich wieder zu mehr zu Kräften, daß sie bis zu ihrem Wagen gebracht werden konnte, der die Unglückliche langsam dem Palast zuführte.

Die Ansagen der übrigen Zeugen waren, bis auf Gehdels Angabe über die Begabung der beiden Hauptkühnsten in der Gollubstraße, ohne Belang.

Als letzter Zeuge wurde Hr. Durchlaucht Friedrich von Engenbiermüchlein vernommen.

Nachdem er den wichtigsten Aussagen Eid geleistet hatte und vom Präsidenten, wie das Gesetz es vorschreibt, darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er Aussagen, die ihn selbst belasten würden, zu verweigern berechtigt sei, erklärte er, daß er von dieser Berechtigung keinen Gebrauch zu machen habe.

Der Zeuge ist auf ausdrückliches Verlangen des Hofes und der Vertha Schindler geladen worden. Er vermag mir aus dem Akt und aus dem Ergebnis der Verhandlungen nicht klar zu machen, was mit der Verladung eigentlich bezweckt wird, und ich möchte von Herrn Verteidiger erfragen, sich mir gegenüber über diesen Punkt zu äußern.“

(Fortsetzung folgt.)

Annahme der Schutzgesetz im Reichsrat.
 Der Reichsrat hat am Donnerstag den 14. d. M. den Reichstag beschlossenen Entwurf des Gesetzes über den Schutz der Republik zusammenhängenden Beschlüssen zugestimmt. Der Vertreter Bayerns erklärte, Bayern halte seinen Einspruch gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, das Reichskriminalpolizeigesetz, das Umverteilungsgesetz und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik ausnahmslos für den Reichstag beschlossenen Wendungen aufrecht. Von Vertretern anderer Länder wurde der Einspruch Bayerns nicht unterföhrt; die Besetze sind also rechtskräftig geworden.

Ein Fehler.

Das Attentat als „politisches Kampfmittel.“
 Ein geistreicher, aber zynischer Kritiker schuf ein für das Vorkommen in Deutschland die Definition, es sei: „durch den Wundstich gemilderter Despotismus“. Das Attentat allein seien das einzige Mittel, die unumschränkte, mit absoluter Willkür gehandhabte Diktatur durch die Freiheit zu ersetzen und den Diktator der Selbstbehaltung. Daher gingen die Verschwörungen, die einen Paul I., einen Peter III. bezielten, nicht aus der Mitte des Volkes hervor, sondern ihre Urheber und Vorkämpfer entstammten in der unmittelbaren Umgebung des Monarchen, dessen Wahlrecht die Monarchie an sich gesichert. Als Alexander I. für sein eigenes Leben zitternd, am Morgen des 25. März 1801 aus dem Munde der Mörder seines Vaters die Mitteilung von dessen „durch einen Schlagfluss“ herbeigeführtem Ende empfing, wagte er keine Frage an sie, und keinem der Mörder ward ein Haar gekrümmt.

Doch so schlimme Beispiele mußten schlimme Folgen nach sich ziehen. Die Revolutionen proklamierten den politischen Mord als ein erlaubtes Kampfmittel und hielten dem Absolutismus als ein nicht minder legitimes Prinzip den Terrorismus gegenüber. Attentat folgte auf Attentat. Der „Bar-Besitzer“ Alexander II., sein Sohn Großfürst Sergius, Minister, Gouverneure, Generale wurden von Bomben in Stücke gerissen. Und so blutig zerlangert war allmählich die Atmosphäre geworden, daß es nur des äußeren Anstoßes durch den Weltkrieg bedurfte, um das ganze Staatsgebäude zum Zusammensturz zu bringen. Auf den Trümmern, im Chaos, thront nun der Bolschewismus.

Überblickt man, nicht ohne Schauer, diese Entwicklung, so wird man rühmlichst das Satz unterschreiben, daß das Attentat als „politisches Kampfmittel“ mindestens ebenso schädlich, wie es vom sittlichen Standpunkt aus verwerflich ist. Und nicht laut genug kann in unseren trüben Gegenwartstagen immer wieder ausgesprochen werden, daß, gegen Ende, die Waffe des Attentates stets zurückliegt auf diejenigen, deren Hände sie schwebelten. Als der junge Handwerkerjunge Södel 1878 auf Kaiser Wilhelm I. einen Mordversuch unternahm, zog das Verkenntnis des unzeitigen Gesellen zu den Lehren der Sozialdemokratie jene Ausnahmefestsetzung nach sich, die unser politisches Leben so verhängnisvoll beeinflusste und die Gegenstände verhärtete, statt sie auszugleichen.

Es ist gesagt worden, ein Attentat, ein einziges, habe wirklich bewirkt, was es bewirkt hätte: Napoleon III. habe sich durch das vor der Barriere über gegen ihn unternommene Bombenattentat Kenntnis in der Tat daran erinnern lassen, daß er einstmals, in jugendlichen Jahren, als Mitglied des Bundes der Carbonari, gefangen worden, alle Kraft an die Einigung Italiens zu wenden. Aber wenn es nicht ausgeschlossen scheint, daß Desjardins Attentat, das nur mit knapper Not entging, in dem Kaiser den Franzosen den Entschluß zur Befreiung Italiens nahe legte, beträt der Kaiser doch damit die abschüssige Bahn, die ihn nach Sedan leitete. Der das Recht der Waffenerhebung auf Selbstbestimmung in Nationen mit dem Waf-

Spitzen.

49] Roman von Paul Lindau.
 Lopydruck 1920 by Wiemanns Verlag, Berlin W. 6.

Die Tante war sprachlos vor Erstaunen, als sie auf das klirrende Klagen der Tür ärgert öffnete und einen Mann vor sich sah. Sie hatte von Tag zu Tag auf den Prozeß gewartet, hatte die Nachrichten, die Zeitungen laien, beständig danach gefragt, niemand hatte ihr Auskunft geben können. Und nun stand die Rose vor ihr.

„Ja, Tante, ich bin frei! Ich bin unschuldig!“
 Die Tante wollte sehr gerührt sein, aber Rose ließ dazu keine Zeit. Nachdem sie festgestellt hatte, daß ihr Vogel und ihre Käse sich des besten Wohlstandes erfreuen, begab sie sich, ohne die an sie gestellten Fragen zu beantworten, mit der Begrüßung: „adieu Tante!“ hastig in ihr Zimmer, das sie wie immer hinter sich verschloß. Kopfschüttelnd blühte ihr die Tante nach.

Mein Gott! wie sah das Stübchen aus! Und weder ersehnt noch dummte Luft. Sie konnte kaum atmen.

Sie eilte zum Fenster, um es zu öffnen. Aber sie bekam sich eines anderen. Sie blühte auf die Wände. Da lag die Bibel. Sie schloß das Buch auf und schloß es verächtlich. Häßlich hatte sie neben dem Ofen wieder, zog den Aktenkasten hervor und griff in die Äsche. Sie wühlte in der Äsche und lächelte. Es war alles so, wie es sein sollte.

Nun öffnete sie das Fenster so weit es gehen wollte und ließ die frische Frühlingsluft einströmen. Währenddem legte sie ihre Sachen ab und begann sogleich in dem von der Hausfrau völlig durchwühlten Stübchen einigermaßen die geübte Ordnung wieder herzustellen.

Als das Stübchen geüblich geputzt war, schloß sie das Fenster abermals und zog die Gardine fest zusammen. Ueber die Akte an der Tür, die zur Kammer der Tante führte, hing sie das Handtuch. Die Tante war vielleicht doch neugierig und sah durchs Schlüsselloch.

sen unterföhrt hatte, ging zugrunde, als er sich diesem Staat in Deutschland in den Weg stellen wollte. Und Staaten wäre auch ohne die Definitiven Bomben früher oder später „frei bis zur Urdia“ geworden. Es gibt keine Ausnahme von der Regel, daß das Attentat als „politisches Kampfmittel“ — zumal in Perioden innerer Wirrisis und Erschütterung — nicht einmal den Anspruch erheben darf, den Mitteln beigezählt zu werden, die der Zweck heiligt.

Das Attentat ist immer und überall, nach dem weisen Worte Voltaire's: schlimmer als ein Verbrechen, es ist ein Fehler!

Dr. H. v. W.

Politische Rundschau.

— Berlin, 22. Juli 1922.
 — Reichkanzler Dr. Brüch wird sich nach Beendigung der Verhandlungen im Anwesenheit des Reichspräsidenten zu einem längeren Erholungsurlaub nach Salsburgland begeben.

— In Plymouth (England) sind auf einem amerikanischen der deutsche Vorkämpfer in Washington niederkam und der Vorkämpfer in Tokio Dr. Solz eingetroffen. Beide äußerten, daß ihre Reise nicht mit der Neubestimmung der deutschen Außenministerien zusammenhänge.

— Das Preussische Staatsministerium hat den Deutschen Reichspräsidenten v. Ebert als Stellvertreter des Reichspräsidenten v. Wörlow zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen mit dem Sitz in Schneidemühl bestimmt.

— Zum Vorsitzenden des preussischen Disziplinarkollegiums für die Richterliche Beamte wurde der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Behr ernannt.

— Der „Schlesischen Tagespost“, die für vier Wochen verboten war, ist auf Wunsch des preussischen Innenministers das Erscheinen wieder gestattet worden.
 — Der Oberpräsident von Ostpreußen hat das „Ostpreussische Tageblatt“ wegen eines „Artikel eines amerikanischen Republikaners“ befristet auf drei Wochen verboten.

— „Versteht Herabsetzung“ der Kohlenlieferungen.
 Wie die Pariser Presse zu wissen glaubt, wird die Reparationskommission, die die französischen Sachverständigen über die deutschen Kohlenlieferungen geführt hat, alsbald ihre Entscheidung über die Höhe der künftigen Kohlenlieferungen Deutschlands treffen. Die Reparationskommission wird Deutschland im Hinblick auf die Lage eine leichte Herabsetzung der verlangten Lieferungen bewilligen.

— Drehungen der Rheinlandkommission. Am 4. Juli, dem Tage der Rheinlandemission, war es in Wiesbaden nach Beendigung des Anzugs zu Ausfertigungen Augenblick gekommen. Die Polizei gab sich alle Mühe und griff nach Kräften ein, aber die französischen Befehlshaber blieben untätig und sahen mit verschränkter Armer zu. Nimmehy hat die Interalliierte Rheinlandkommission in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten von Wiesbaden Dr. Momm und an den Wiesbadener Polizeipräsidenten Krause die Herabsetzung der Kohlenlieferungen, andernfalls sie binnen fünf Tagen wegen ihrer „Unfähigkeit“ ausgeschrieben würden. Nimmehy haben sich die Handelskammer, die Vereinigten kaufmännischen Verbände, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkskammer, die Bezirksbauernschaft und der Landesrat des Magistrats an den Reichskommissar in Koblenz mit der Bitte gewandt, Schritte zu tun, damit die angebotenen Maßnahmen im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Wahrung des notwendigen Ansehens unterbleiben. Diese Entschließung ist von allen politischen Parteien, von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen, gebilligt worden.

— Die deutsch-belgischen Verhandlungen gescheitert. Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Marktabkommen sind von Belgien abgebrochen worden.

Belgien weigert sich, das noch nicht liquidierte Vermögen deutscher Staatsangehöriger — dazu gehören Bankguthaben und Sparfassenbücher — freizugeben. Ferner wollte Belgien bei der teilweisen Liquidation eines Vermögenskomplexes das noch vorhandene bewegliche Eigentum aus diesem Eigentum lassen, die von dem Sequester aus diesem Eigentum längt beschlagnahmt. Die deutsche Regierung konnte da es sich besonders in ersterem Falle um Barvermögen

gerade der Nebenrentner und Besizer von Erbschaftenguthaben handelt, und da ferner die zu liquidierenden Lasten in keinem Verhältnis mehr zu den belgischen Gegenleistung standen, diese Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen und strebte eine Überbahrung der belgischen Ansprüche an. Die belgische Regierung glaubte jedoch trotz des Entgegenkommens der deutschen Regierung auf deren Vorschläge nicht eingehen zu können und brach wegen Nichtannahme der beiden Punkte die Verhandlungen ab.

— Deutschland und Polen. Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, Ministerdirektor von Stöckmann, und dem polnischen Bevollmächtigten, Minister Ujwowski, wurde das Programm für die belgischen Verhandlungen vereinbart. Schon jetzt sieht man sich dahin, daß Polen den Durchgang der Verkehr nach Russland für Deutschland gestattet gibt und daß Deutschland hinsichtlich der Warenverkehr Polen ebenso behandelt wie andere valutaschwache Länder.

— Hausdurchsuchungen in Berlin und Münster. In Berlin wurde bei dem politischen Schriftsteller Dr. Conrad Stadler eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dr. Stadler in dem Verdacht steht, mit belgischen Agenten in Verbindung gestanden zu haben. Einmal an Stadler gerichtete Briefe und von ihm herausgelassene Briefenkopien wurden beschlagnahmt. Stadler ist von den Erhebungen vor einigen Tagen auf Grund der Verordnungen zum Schutze der Republik auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden ist. — Auch in Münster wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Münster des verbotenen Bundes der Aufrechten weitergehendes Material aufgefunden und beschlagnahmt worden soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe wurde festgenommen, jedoch nach Vernehmung seitens des Richters, das Nachverhört der Vernehmungsgesellschaft nicht für vorliegend erachtete, wieder auf freien Fuß gesetzt.

— Verschärfung bei den Deutschnationalen. Die Reichstagsabgeordneten von Gräfe und Wulke, die dem deutschnationalen Flügel der Deutschnationalen Fraktion angehört haben, veröffentlichten in dem deutschnationalen „Deutschen Abendblatt“ ihre Erklärung, in der sie sich mit dem von der Deutschnationalen Parteileitung aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossenen Abgeordneten Major Henning solidarisch erklären, schärfsten Einspruch gegen den Beschluß der Fraktion und des Parteivorstandes erheben und erklären, daß für sie unter Vorbehalt etwaiger weiterer Beschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion nicht mehr möglich sei. Im Verlaufe derselben Erklärung wird diese Erklärung dahin erweitert, daß die beiden Abgeordneten aus dem Verhalten der Parteileitung die Konsequenzen gezogen und ihren Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt haben.

Rundschau im Ausland.

— Die deutsche Fraktion im polnischen Landtage stellt zwei Anfragen über die Rückgabe deutscher Säulen und die Juwagensammlung deutscher Kaiser.

— Der frühere Sowjet-Gesandte in Berlin, Toffo, soll zum außerordentlichen Gesandten Russlands in China ernannt worden sein.

— Die englischen Bergarbeiter haben den Anschlag

in der Wilhelmstraße“ die Rede und dann hieß es: „Die Zeugnisaussagen boten kein besonderes Interesse dar. Durch dieselben wurden die schon festgestellten Tatsachen lediglich bestätigt.“ Die ganze Angelegenheit ging fast unbemerkt vorüber.

Von der Beteiligung des Fürsten an dieser widerwärtigen Sache wußten nur sehr Wenige etwas, und diese dachten an nichts anderes als an eine niederträchtige Verleumdung. Niemand sprach davon. Und in wenigen Tagen war alles vergessen.

Fürst Ulrich ermachte wie zu neuem Leben. Er gewann seine jugendliche Frische, seine alte Lustigkeit wieder. Seine Freunde bemerkten das zu ihrer großen Genugung. Sie hatten sich seiner wegen in den letzten Monaten Sorge gemacht und ihm oft zugeredet, daß seiner Beschäftigung im Amt nicht zu übergeben, da er seine Tätigkeit wieder auf ein geringes Maß zurückzuführen dürfte, war er wieder der Alte geworden!

Die vorerwähnten Dienste, die er durch seine unermüdete Arbeit geleistet hatte, wurden abermals in anderer Weise gewürdigt. Mit dem Titel eines Legationsrats wurde er als zweiter Sekretär an die Wiener Botschaft versetzt.

Wovor er sich auf seinen neuen Posten begab, erbat und erhielt er einen dreimonatigen Urlaub für Mat und Juni zur Erledigung einer wichtigen Familienangelegenheit.

Die Hochzeit des altältesten Paares wurde auf Montag in der Mitte des Juni gefeiert. Es war ein glänzendes, herrliches Fest. Nur eines wurde als schmerzlicher bedauert, und von niemand schmerzlicher als von der blühenden und strahlenden Alig: daß sich Grafin Juliana von Kened das Glück ihrer Confinen nicht leisten durfte und durch ihr noch immer andauerndes Leiden von der Freudenfeier ferngehalten wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Luzernverkauf auf dem Friedhof
 Mittwoch, den 26. d. M. mittags 1/2 2 Uhr.
 Das Presbyterium

Geschlechtsleiden!
 Darmdrüsenleiden, Syphilis, Manneschwäche, Weisfluß,
 usw. kein Quecksilber, keine Einwirkung, keine Verun-
 fähigung. Aufklärende Broschüre mit tausenden freiwilligen
 Dankschreiben kostenlos in verschloß. Kuvert gegen 6
 Mark auch in Marken für Doppel-Versporto.
Dr. med. J. Freemann G. m. b. H.
 Sommerfeld 262 Bez. Frankfurt a. D.
 Spezialärztliche Leitung.

**Welches sind die besten
 Liköre?**
 die allbekanntesten
Rückforth-Liköre
 sind die besten.
 Zu haben bei
Karl Bender.
 Empfehle noch:
**Nordhäuser, Rum, Cognac
 Steinhäger, Sekt**

Salatgurken
 täglich frisch
Einmachgurken
 auf Bestellung gibt ab
Gärtnerei am Liebenbach
 Spangenberg

Beabsichtige kommenden **Donnerstag, den 27.
 d. Mts. von nachmittags 6 Uhr ab**
sämtliches Weißbinder-Inventar
 meines verstorbenen Ehemannes, sowie ein fast ganz neues
Erntewagentuch
 öffentlich gegen Höchstgebot und Barzahlung zu verkaufen.
Witwe Beisheim,
 Neustadt 21

L. Pfeiffer
 Bankgeschäft,
Agentur Spangenberg
 Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.**
 Postscheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.
 Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.
Scheckrechnungen
 Zinssatz 3%
Depositen-(Spar-)Rechnungen
 Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

**Heidelbeeren, Stachelbeeren,
 Johannisbeeren, Himbeeren**
 kauft
Richard Mohr

Alte Zeitungen
 als Einwickelpapier kauft
Richard Mohr

Dr. Kaufmann
Altmerschen
 Bahnhofstraße
 hält täglich
Sprechstunden
 9 bis 11 Uhr Vorm.


Schmiedemaschinen
 liefern ab Lager
Wiethoff & Co. Cassel
 Wolfslucht 6 Fernspr. 3210

Frauen-Qual.
 Jetzt  wird
 Ihnen  geholfen
 bei Störungen u. Stockungen ver-
 wenden sie meine Spezialmittel
1000de Erfolge,
 vielfach in einigen Stunden, oder
 nächsten Tage, schmerzlos, ohne
 Berufsstörung, unschädlich, mit
Garantie-Schein
 Teilen Sie mir mit, wie lange Sie
 klagten. Diskreter Versand.
Fr. Mertens, Dortmund
 Schwauenwall Nr. 31

Die
Buchdruckerei
Hugo Munzer • Spangenberg
 empfiehlt sich zur Anfertigung aller Arten von
Drucksachen
 als: Formulare aller Art, Rechnungen,
 Briefbogen und Briefumschläge, Post-
 karten, Mitteilungen, Quittungen, Zirku-
 lare, Preislisten, Aviskarten, Programme,
 Mitgliedskarten, Statuten, Diplome, Pla-
 kate, Einladungskarten, Verlobungs- und
 Vermählungskarten, Visitenkarten usw.
 Geschmackvolle Ausstattung . . . Schnellste Lieferung

Nettle 
 Haarwuchs-
 garantiert für Erfolg
 Generalvertrieb
 Sanitaria
 überall erhältlich.

Stempel
 liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei.
 Zur Ernte offeriere
Ia. Garbenbänder
D. Wenzel, Elbersdorf.

Jetzt
ist die rechte Zeit
altes Gold u. Silber abzugeben
 Kaufe laufend jedes Quantum und wenn es auch
 ganz kleine Gegenstände sind, wie **Bro. heu**
Ringe, Ketten u. dgl.
zu den höchsten Tagespreisen.
 Ebenso zahle hohe Preise für
alte Zahngebisse und Brennstifte.
Friedmann's
Uhrenhandl. und Reparaturwerkstatt

Bekanntmachung.
 Die Krankenkassenbeiträge für das 2. Viertel-
 jahr 1922 von den Ortschaften: Spangenberg, Elbers-
 dorf und Bergheim sind bis spätestens den 1. August
 d. Js. an unsere Hebestelle, Bankagentur Pfeiffer,
 Inhaber M. Woelm in Spangenberg einzuzahlen.
 Ebenso sind die Beiträge der übrigen Ortschaften des
 ehemaligen Hebebezirks Spangenberg, soweit dieselben nicht
 durch die Gemeindevorstände erhoben werden, bis
 zum genannten Termin an die Hauptkasse in Melsungen
 abzuliefern.
 Die dann noch rückständigen Beiträge werden auf
 Kosten der Säumigen durch den Vollziehungsbeamten
 eingeholt.

**Allgemeine Ortskrankenkasse für
 den Kreis Melsungen**
 (auschl. Stadt Melsungen)

Gebrauchtes Fahrrad
 wenn auch etwas reparaturbedürftig zu kaufen gesucht.
 Beim Käufer sind auch Altentfalten zu haben.
 Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Perfekte
Stenotypistin
 für einige Nachmittagsstunden sofort gesucht.
W. Tornseifer,
 Neustadt 57

Wilh. Keim, Uhrmacher
Spangenberg
 Im Hause des Herrn Moritz Siebert
Großes Lager in:
Wand-Uhren
Stand-Uhren
Taschenuhren
Armbanduhren
Weckeruhren
Schwarzwälder-Uhren


Rum, Arrak, Cognac
Nordhäuser Steinhäger
 feinste Liköre
Rot- und Weißweine
 Sekt
Richard Mohr.